

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Riesfa.
Vertrauf Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptpostamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530
Groschasse Riesfa Nr. 82.

Nr. 209.

Sonnabend, 6. September 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Kettameiße 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Schlichtige Unterhaltungsbeiträge „Zugabe an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Ein Fortschritt in den Genfer Verhandlungen.

Der Tag Herriots.

Bei schönem Wetter und unter noch lauterem Beifall der Völkerbundsversammlung hat am Freitag der französische Ministerpräsident seinem englischen Freunde die Antwort erteilt. Diese demokratischen Volksmänner der neuen Zeit sind gewiß keine schlechteren Diplomaten als die exklusiven Staatsmänner der alten Zeit. Zwar sprechen sie wohl einmal mit großem Temperament und ohne allzu sorgfältige Ueberlegung Einzelheiten aus, die nachher „authentisch interpretiert“ werden müssen, aber in den entscheidenden großen Fragen verstehen sie es doch, sich mit so lebenswirdiger Vorsicht auszusprechen, daß man viel zwischen den Zeilen lesen muß. Herriot hat am Donnerstag Macdonald laut beklagt und Macdonald am Freitag Herriot. Der klüchtige Vater der beiden Reden kann annehmen, daß sie in den wesentlichen Punkten übereinstimmen — aber bei alledem sind die Hauptdifferenzpunkte noch unaufgelöst geblieben. Herriot hat, das muß anerkannt werden, nicht ganz so warm wie der Engländer, aber doch völlig unabweislich dem eventuellen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zugestimmt; die Stimmen der polenarischen Völker in der französischen Schweiz haben ihn nicht zu beeinflussen vermocht. Er fügte einen bemerkenswerten Hinweis nach Moskau hinzu. Die Entscheidung in dieser ganzen Angelegenheit kann und wird nicht so schnell fallen. Zwar taucht loeblich die sensationelle Meldung auf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nun auch dem Eintritt in den Völkerbund zugestimmt; aber sie ist mit größter Skepsis aufzunehmen. Dem Schiedsgerichtsgedanken Macdonalds ist der französische Ministerpräsident ein Stück entgegengekommen mit seiner Formulierung, daß als Angreifer im Sinne des Garantievertrages gelten solle, wer das Schiedsgericht ablehnt. Aber dann kam die französische Sicherheitsdebatte hinterher. Die Schiedsgerichtsbarkeit dürfte nicht eine Falle werden für ein autarkisches Volk, und so werde kein Staat — was Herriot an dem Beispiel der Schweiz erläutert — auf den Schutz seiner Sicherheit durch eigene Machtmittel verzichten wollen. Hier liegt offenbar die wesentliche Differenz zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt. Wenn jeder sich nur auf seine eigene Kraft und seine auf die Hilfe der internationalen Friedensgaranten verläßt, dann wird sich allerdings verheerend wenig ändern. In der theoretischen Verifizierung und praktischen Ablehnung einer Abrüstungskonferenz war Herriot mit Macdonald einig.

Die Freitagssitzung.

Genf. Der geklagte Verhandlungstag der Völkerbundsversammlung hat in der Sicherheits- und Garantievertragsfrage bereits wichtige Anregungen gebracht. Drei wesentliche Punkte traten zur Debatte: 1. Schiedsverfahren, 2. wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen, 3. militärische Sanktionen. Ueber die ersten beiden Punkte sind sich alle einig, nur gegen den dritten Punkt erheben die Engländer Einspruch. Nachdem die sechs Redner, die noch heute in dieser Frage sprechen sollen, sich ebenfalls zu den drei Problemen geäußert haben, wird der dritte Ausbruch der Verammlung, der die Frage der Rüstungsbeschränkungen zu bearbeiten hat, eine Ueberbrückung der Klüfte finden müssen, die zwischen den Anhängern und den Gegnern der militärischen Sanktionen klafft. Man glaubt, daß vielen Einwänden gegen den Garantievertrag die Spitze abgebrochen werden könnte dadurch, daß ihm nunmehr das Schiedsverfahren angegliedert wird. Ein grundsätzliches Ergebnis dürfte vorläufig feststehen: dem Schiedsverfahren soll eine Rolle eingeräumt werden. Die Frage, um die sich alles dreht, ist jedoch: wie der Schiedsgerichtspraktisch verwirklicht wird, wie er sich durchsetzt oder wieviel er durch militärische Bündnisse oder ein Sanktionssystem gestützt wird. Nach der Rede Herriots, über die wir bereits gestern berichtet haben, ergriff der

italienische Delegierte Salandra

das Wort. Er betonte: Italien, das aus innerem Zwange am Kriege teilgenommen habe, habe keinen anderen Wunsch, als seinen Platz innerhalb seiner natürlichen Grenzen zu bewahren und die friedliche Ausdehnung seiner arbeitsamen Bevölkerung zu sichern. Nachdem er einen Ueberblick über die Rüstungsbeschränkungen, die Italien bereits vorgenommen habe, gegeben und auch erwähnt hatte, daß Italien den besiegten Völkern für ihren Wiederaufbau Hilfe geleistet habe, erklärte Salandra die Bereitwilligkeit Italiens, an dem Völkerbund sanktionierten Grundfragen zur friedlichen Lösung der Konflikte mitzuwirken. Dieser Punkt sei selbst ein Vertrag zur gegenseitigen Hilfeleistung. Nach Salandra ergriff

Sord Barroos

im Namen der englischen Delegation zu einer längeren Rede das Wort, in der er dem Vorschlag Herriots zustimmte, wonach als Angreifer der Staat derjenige zu bezeichnen sei, der das Schiedsverfahren nicht annehme. Er stellt fest, daß in den großen Linien Herriot und Macdonald miteinander einig seien und die Unterschiede sich auf Einzelheiten beschränken und ging auf eine längere Auseinandersetzung über die Beziehungen zwischen militärischer Macht und Schiedsverfahren ein. Nach seiner Ansicht sehe der Völkerbundspakt keine Anwendung von Gewaltmitteln vor. Der angreifende Staat müßte außerhalb des Gebietes gestraft werden und sei durch ökonomische Maß-

nahmen zu vernichten, sobald andere Sanktionen überflüssig würden, sobald das Schiedsverfahren allgemein angenommen werde. Die Rede Barroos war in vorzüglichem Geiste gehalten. Er bemühte sich mehr auf die gemeinsamen als auf die trennenden Gesichtspunkte hinzuweisen.

Der belgische Ministerpräsident Theunis

der als erster Redner in der Nachmittags-Sitzung der Völkerbundsversammlung sprach, forderte nachdrücklich, daß die Völker Sicherheit erhalten. Er sagte: Belgien war seit Jahrhunderten der Schauplatz der europäischen Kriege. Der moderne Krieg mit seinen furchtbaren Zerstörungen ist eine erhöhte Gefahr für Belgien, das seit dem letzten Kriege noch unter einem ständigen Alpdruck leidet. Belgien ist ein ausnehmend friedliebender Staat, aber Belgien braucht für den Frieden Sicherheit und zwar wirkliche Sicherheit, nicht nur auf dem Papier. Zu dem Schiedsverfahren Macdonalds und zu Herriots Zustimmung kann ich versichern, daß Belgien, wenn die Großmächte vorangehen, ihrem Beispiel folgen wird.

Der belgische Ministerpräsident schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens in die Arbeiten der Völkerbundsversammlung.

Theunis, der bei Beginn seiner Rede mit lebhaftem Beifall empfangen wurde, wurde auch beim Verlassen der Rednertribüne lebhaft applaudiert.

Im weiteren Verlauf der Nachmittags-Sitzung ergriff der tschechoslowakische Außenminister Benesch

das Wort, um zunächst in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für die Abrüstungsfrage einen Ueberblick über die Vorgeschichte des Garantievertrages des Völkerbundes zu geben.

Benesch versicherte dann, daß auch er Anhänger des Schiedsverfahrens sei, daß aber der Weg schwierig und heikel sei und einer sorgfältigen Vorbereitung bedürfe. Benesch sprach Herriot seinen Dank aus für seine Worte zu Gunsten der kleinen Staaten. Auf die Worte Macdonalds, wonach trotz aller Verträge die kleinen Staaten durch einen Krieg verschlungen würden, entgegnete Benesch, indem er an die Geburtsstunde der neuen Staaten erinnerte, die sich damals zum Schutze ihrer Unabhängigkeit zusammenschlossen hätten. Ohne die Anstrengungen, die damals zur Stabilisierung Europas unternommen wurden, wären gewisse Revolutionen und Kriege wie der Russisch-Japanische und heute wäre niemand mehr in der Lage, über Schiedsverfahren und Abrüstung überhaupt nur zu diskutieren. Nachdem Benesch nochmals nachdrücklich Sanktionen gerade für den Fall eines Bruches des Schiedsverfahrens als notwendig bezeichnet hatte, bedauerte er in seiner Eigenschaft als lektürlicher Berichterstatter für den Garantievertrag dessen Ablehnung durch zahlreiche Staaten und verteidigte nochmals die Grundzüge des Entwurfs, um dann zu erklären, daß er im Interesse der Sache sich von jeder doktrinen Auffassung frei halte und an der Formulierung eines endgültigen Systems mitarbeiten werde.

Beim Verlassen der Rednertribüne wurden Benesch lebhaft Beifallstundgebungen entgegengebracht. Während seiner Ausführungen unterstrichen die Delegierten der kleinen Entente lebhaft besonders charakteristische Sätze über die Garantien und das Recht der kleinen Staaten auf die Sonderabkommen.

Berlin und die Genfer Verhandlungen.

Berlin. Die Rede des englischen Ministerpräsidenten Macdonald in der Völkerbundsversammlung in Genf wird in politischen Kreisen gänzlich aufgenommen, jedoch wird gleichzeitig betont, daß gegenüber der unabweislichen Einladung an Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, solange die größte Zurückhaltung geboten ist, als der Standpunkt Herriots nicht völlig klar gelegt und als nicht bekannt ist, welche Vorbedingungen Frankreich stellen wird. Es wird nicht angenommen, daß sich Herriot etwa formell einem Eintritt Deutschlands widersetzen werde. Aber man hält es in Regierungskreisen dennoch nicht für angebracht, in diese Diskussion von deutscher Seite her einzugreifen, ehe nicht eine gewisse Einigung in der Sicherheits- und Abrüstungsfrage zwischen England und Frankreich erzielt ist. Wie groß gerade auf Seiten Frankreichs und seiner Verbündeten die Empfindlichkeit gegenüber gewissen deutschen Anschauungen und englischen Offenherzigkeiten immer noch ist, haben erst der polnische Protest gegen Macdonalds Erklärungen über Oberschlesien und das Aufflammen der französischen Reichart in der Frage der Kriegsschuldfrage bewiesen. An sich besteht, wie in Regierungskreisen betont wird, keine grundsätzliche Abneigung, dem Gedanken des Eintritts in den Völkerbund näher zu treten, aber nichts hält man für verfehlt, als zu einem ungelegenen Zeitpunkt diese Frage aufzurollen und durch ein verträgliches Annehmen deutscher Forderungen die Gelegenheit zu verläumen, wo Deutschland mit Erfolg auf eine Vertretung im Völkerbund bestehen könnte, die seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entspricht. Aus Äußerungen der Regierungskreise scheint hervorzugehen, daß die Reichregierung auf jeden Fall gesonnen ist, die Vertretung Deutschlands im Völkerbundsrat zu einer unerläßlichen Vorbedingung seines Beitritts zum Völkerbund zu machen.

Die französische Auffassung der Lage.

Paris. (Frankfurt.) Ueber die französische Auffassung der Lage berichtet der Sonderberichterstatter von Havas. Man kann sagen, daß der Abbruch von Abmachungen nicht nur zwischen Frankreich und England, sondern zwischen allen Delegationen über die folgenden drei Hauptpunkte bevorsteht:

1. Annahme der Klausel des obligatorischen Schiedsgerichts;
2. Wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen;
3. Einberufung einer Sonder-Entwaffnungs-Konferenz durch den Völkerbund.

Was das obligatorische Schiedsgericht anlangt, herrscht die vorherrschende Ansicht darin, daß der an der Spitze des Verlaufs stehende Pakt unvollständig ist, und daß es notwendig wäre, mehrere Klauseln hinzuzufügen, die das obligatorische Schiedsgericht näher umschreiben und einrichten. Der 2. Punkt bezieht sich auf die Notwendigkeit von Sanktionen. Es handelt sich darum, welcher Natur die Sanktionen sein werden. In dieser Hinsicht scheint bereits jetzt eine zweite Vereinbarung festzustehen, eine Vereinbarung, die die Notwendigkeit wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen anerkennt.

Offen bleibt die Frage der militärischen Sanktionen; wenn man sich da an die Erklärungen der englischen Vertretung hielt, so würde man auf die Hoffnung verzichten müssen, daß England jemals die Möglichkeit derartigen Sanktionen anerkennen werde, aber Benech habe darauf, daß besondere regionale Abmachungen von jedem Verdacht frei würden an dem Tage, an dem die betreffenden Mächte Verträge abgeschlossen, die Schiedsgerichtsklausel anerkannt hätten.

Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin. Im Laufe dieses Monats werden voraussichtlich umfangreiche Verhandlungen zum Abschluß kommen, die von deutschen Wirtschaftskreisen mit der amerikanischen Finanzwelt geführt werden über die Gewährung nicht nur von harten Krediten, sondern vor allem auch von Handelskrediten zum Ankauf großer Mengen von Rohstoffen. Die deutsche Industrie, die an diesen Verhandlungen beteiligt ist, hofft durch diese Handelskredite über die schlimmste Zeit hinweg zu kommen und allmählich auf diesem Wege wieder konkurrenzfähig zu werden. Aus unterrichteten Industriellen Kreisen wird den englischen Behörden, als ob Deutschland bei einem Wiederaufschwung der deutschen Industrie der englischen Industrie schwere Konkurrenz machen könnte, in vielem entgegengetreten. Die industriellen Kreise betonen, daß keine Rede davon sein könne, die englischen Waren durch eine deutsche Schmutzkonkurrenz zu unterbieten und dadurch auf neue die deutsche Wirtschaft in der Welt verächtlich zu machen und ihr Ansehen herabzusetzen. Sie sind der Ansicht, der Feldzug, der in England gegen das Sachverständigen-Gutachten geführt werde, entspringe, im Grunde genommen, gänzlich wirtschaftlichen Erwägungen, sondern politischen Zielen und man bediene sich der englischen Industrie nur, um diese Absichten zu verheimlichen. Gerade von den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen erhofft die deutsche Industrie die beste Widerlegung dieses englischen Feldzuges und glaubt, daß eine immer innigere Gestaltung des Warenaustausches und ein immer größerer Interesse amerikanischer Kapital am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft am besten geeignet sein werde, die Behauptungen zu zerstreuen, die hier und da in der Welt gegenüber dem Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft noch geäußert werden. Man nimmt an, daß die Verhandlungen in zwei bis drei Wochen zum Abschluß kommen. Die endgültige Entscheidung wird nicht zuletzt von den Berichten abhängen, welche die amerikanischen Generalagenten Owen Young und Gilbert nach ihrer ersten Orientierung in Berlin und Amerika erstatten werden.

Die chinesische Revolution.

Die chinesische Gesandtschaft in Berlin zu den Unruhen.

Berlin. Bei der Berliner chinesischen Gesandtschaft liegen noch keine genaueren amtlichen Mitteilungen vor, die die Lage in China in einem klaren Lichte erscheinen lassen könnten. Die Gesandtschaft legt aber Wert auf die Feststellung, daß die Bewegung rein innerpolitischer Natur sei und sich keineswegs in irgend einer Form gegen die Ausländer wende. Auch bei ähnlichen früheren Aufständen und Kämpfen seien die in China lebenden Weißen verschont und unbehelligt geblieben. Augenblicklich leben in China etwa 3000 Deutsche, wovon der größte Teil in Schanghai anässig ist.

Vor einem Eingreifen Japans.

London. Die „Morningpost“ meldet aus Tokio: Fünfzehn japanische Schlachtschiffe sind nach Schanghai ausgelaufen. Die Väter kündigen das Eingreifen Japans in die chinesischen Revolutionswirren an, falls Sunjatsien in der Provinz Kwangtung die Sowjetrepublik China aufruft. Die Amerikaner haben weitere 4000 Mann Marinetruppen in Schanghai gelandet, wo fast eine halbe Million Flüchtlinge zusammengedrängt ist.

Die „Times“ meldet aus Tokio: Zur bevorstehenden Intervention in den chinesischen Revolutionswirren in Nagasaki werden japanische Truppen nach Korea eingeschifft. „Newspost World“ meldet die Mobilisierung der zweiten japanischen Schlachtflotte.